Beirat Vahr am 19. April 2016
Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, GRÜNE, Die Linke, FDP, BIW

INTEGRATION gestalten – Das braucht die Vahr!

Wie mehrfach dargelegt, ist der Stadtteil Vahr mit vielen zusätzlichen Herausforderungen aufgrund des Zuzugs Geflüchteter konfrontiert. Neben der Überganseinrichtung für Flüchtlinge in der Bardowickstraße und temporären Notunterkünften hat die Gewoba bereits über 220 Wohnungen an Flüchtlinge vergeben. Unter diesen Familien sind etwa 200 Kinder und Jugendliche. Pro Monat kommen 10 Wohnungsvermietungen dazu, so dass die Anzahl dauerhaft in der Vahr lebender Geflüchteter entsprechend kontinuierlich anwächst.

Anfang des Jahres 2016 hat der Senat ein Konzept „In Bremen zu Hause – Integration gestalten und sozialen Zusammenhalt sichern: Eckpunkte eines mittelfristig ausgerichteten Integrationskonzeptes“ beschlossen. Auf dessen Grundlage soll ein Integrationsbudget im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen ausgewiesen werden.

Es wird vom Senat betont, dass es für eine gelingende Integration notwendig ist, die Zuwanderer ebenso wie die Zivilgesellschaft vor Ort zu berücksichtigen und soziale Konkurrenzen zu vermeiden. Besonderer Schwerpunkt soll daher auf bereits benachteiligte Orts- bzw. Stadtteile gerichtet werden, weil vor allem hier wegen des preiswerten Wohnraums die Zuwanderung von Flüchtlingen stattfindet.

Der Beirat Vahr begrüßt prinzipiell das Integrationskonzept und dessen finanzielle Hinterlegung.
Er muss jedoch feststellen, dass

- zum Kindergartenjahr 2016/17 bereits 47 Betreuungsplätze (mit der geplanten Erweiterung der Vorlauf-Kita August-Bebel-Allee, ansonsten wären es 67) fehlen, obwohl viele Kinder von Geflüchteten noch nicht in den Einrichtungen angekommen sind. Da das von der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 22.07.2014 beschlossene „Konzept zur Erhöhung des Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund – insbesondere im U3-Bereich“ und „Überwindung von Hürden beim Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Angeboten der frühkindlichen Bildung“ von den zuständigen Senatorinnen nicht entsprechend umgesetzt wurde, konnten die Defizite durch eigene Aktivitäten des Vahrer Netzwerkes (mehrsprachige DVD, besondere Beratungsangebote) zwar abgefedert, aber nicht vollumfänglich behoben werden.
- der vom Beirat mehrfach geforderte Kita-Neubau auf dem sog. Ampelspielplatz an der August-Bebel-Allee, der ursprünglich zum Kindergartenjahr 2016/17 in Betrieb gehen sollte, von den zuständigen Senatorinnen immer weiter nach hinten geschoben wurde.
- bereits derzeit sich die Klassenfrequenzen aufgrund der Vorkurse erhöht haben.

Der Beirat Vahr weist darauf hin, dass nicht noch mehr Zeit verstreichen darf und die Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senats sehr schnell

erfolgen muss. Die Umsteuerungen und erforderlichen Mittelbereitstellungen zugunsten benachteiligter Stadtteile wie die Vahr sind längst überfällig.

Daher fordert der Beirat Vahr für eine verbesserte Integration die jeweils zuständigen Senator/innen auf,

- *das Familien- und Quartierszentrum in der Neuen Vahr Nord, insbesondere für Beratungstätigkeiten, besser finanziell auszustatten;*

- *einen festen Standort mit mehreren Sprintern im Stadtteil Vahr zu schaffen zur*
  **besseren Beratung der Familien in den Wohnungen (Migranten/innen, Zuwander/innen und Geflüchtete)*
  **Unterstützung von Schulen, Kitas und ggfls. Jugendeinrichtungen (als Dolmetscher/innen);*

- *die WiN-Mittel für die Vahr zu erhöhen;*

- *die personelle Ausstattung der Straßensozialarbeit im Bremer Osten um eine Stelle aufzustocken.*

und fordert weiterhin:

- *Mehr Kinderbetreuungsplätze für die Vahr*
- *Freie Plätze in Kita und Krippe für den unterjährigen Einstieg*
- *Keine Erhöhung der Frequenzen in Schule und Kita*
- *Beratung der Zuwanderer, Geflüchteten und Migranten über das Anmeldeverfahren zur Kinderbetreuung und die Bedeutung von frühkindlicher Bildung in Krippe und Kita*
- *Mehr sozialpädagogisches und sonderpädagogisches Personal in Schulen, Kita und Jugendeinrichtung insb. für traumatisierte Kinder*
- *Mehr Ressourcen für Fortbildung von Lehrern/innen und Erziehern/innen zum Umgang mit geflüchteten und traumatisierten Kindern sowie für Beratung von Eltern*
- *Verlängerung der Vorkurse in den Grundschulen oder begleitende Deutschkurse nach den halbjährigen Vorkursen*

und weist darauf hin, dass auch kostenneutrale Maßnahmen hilfreich sind und bittet

- *die Rasterzeugnisse – so wie sie gegenwärtig in den Klassen 5-7 erteilt werden – um eine Zensur zu ergänzen, da sie ansonsten ein Integrationshemmnis darstellen.*